

## Pressemitteilung vom 17. März 2023

### Marburger Bund verlangt die Aussperrung von Ärzten

Im Nachgang zu den Warnstreiks von ver.di hat nun in den laufenden Tarifverhandlungen auch die Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB) für Dienstag, 21. März 2023 die Ärzte zu Warnstreiks im Potsdamer Klinikum Ernst von Bergmann und im Universitätsklinikum Brandenburg aufgerufen.

Der MB hat den Krankenhäusern sogenannte Notdienstvereinbarungen angeboten, um am Streiktag die dringendste medizinische Versorgung und die Patientensicherheit zu gewährleisten. Dies klingt an sich lobenswert.

Allerdings besteht das „Angebot“ der Gewerkschaft aus zwei Teilen. Neben den zugestanden Notdiensten verlangt der MB, dass die Arbeitgeber am Streiktag alle arbeitswilligen Ärzte, die keinen Notdienst leisten aussperren sollen. Aussperrung ist an sich ein Arbeitskampfmittel der Arbeitgeber, um in asymmetrischen Streiks die Symmetrie herzustellen. Das heißt, der Arbeitgeber sperrt die Arbeitnehmer unbezahlt aus, die er infolge des Streiks von Wenigen nicht mehr sinnvoll einsetzen kann.

Nun will die Ärztegewerkschaft die Arbeitgeber mit dem „Geschenk“ von Notdienstregelungen dazu veranlassen, Ärzte, die sich nicht am Streik beteiligen, an der Arbeit zu hindern und am Streiktag auszusperrern. Ist der MB in Sorge, dass der Warnstreik missglücken könnte und möchte nun, dass die Arbeitgeber ihm den Streik organisieren? Druck statt Überzeugung?

Auf den Punkt gebracht: Ich (MB) rufe zum Streik auf, Du (Krankenhaus) garantierst mir den Streikerfolg und ich (MB) gestatte dann gnädig, dass niemand Schaden nimmt. Auf solche „vergifteten Geschenke“ können die Krankenhäuser verzichten.

Der Verbandsgeschäftsführer des KAV Brandenburg **Klaus-D. Klapproth** bezeichnete „den Warnstreikaufruf des Marburger Bundes in dieser frühen Phase der Tarifverhandlungen als völlig unnötigen ‚Theaterdonner‘. Scheinbar will der Marburger Bund im Wettstreit mit ver.di beweisen, dass er genauso ‚kämpferisch‘ ist“. Auf keinen Fall werden sich jedoch die Brandenburger Krankenhäuser von den Gewerkschaften zur Aussperrung von Beschäftigten nötigen lassen. Dies ist ein Tabu“.

#### Pressekontakt:

Klaus-Dieter Klapproth (Verbandsgeschäftsführer)  
Telefon: (0331) 74718-0  
E-Mail: [klapproth@kav-brandenburg.de](mailto:klapproth@kav-brandenburg.de)

**Kommunaler Arbeitgeberverband  
(KAV) Brandenburg e.V.**  
Stephensonstr. 4a  
14482 Potsdam

Der KAV Brandenburg verhandelt selbst und im Zusammenschluss der VKA ([www.vka.de](http://www.vka.de)) Tarifverträge für rund 80.000 Beschäftigte des kommunalen öffentlichen Dienstes im Land Brandenburg. Zu den kommunalen Arbeitgebern gehören unter anderem Verwaltungen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Sparkassen, Ver- und Entsorgungsbetriebe sowie Nahverkehrsunternehmen. Weitere Informationen zum Verband und zu aktuellen Themen auf [www.kav-brandenburg.de](http://www.kav-brandenburg.de) / Presse.